

ANTRAG

auf Gewährung einer Finanzierung im Rahmen der ELER-Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung von Vorhaben in Trägerschaft des Landes Brandenburg zur Stärkung der Ausgleichsfunktionen des Wasserhaushaltes (Stabilisierung des Landschaftswasserhaushaltes) (ELER-VV-Wassermanagement)

500



LAND BRANDENBURG

Investitionsbank
des Landes
Brandenburg **ILB**

Zuständige Bewilligungsstelle

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Landwirtschaft/Umwelt
Postfach 90 02 61
14438 Potsdam

Eingangsstempel

Aktenzeichen:

(Antragstermine beachten!)

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen.

1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
BNR-ZD (Nummer des Betriebsinhabers auf der Zentralen Datenbank)	Zuständiges Finanzamt für die Einkommen- bzw. Körperschaftsteueran- anlage bzw. die Erteilung der Nichtveranlagungsbescheinigung
<input type="text"/>	Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> keine natürliche Einzelperson
Antragsteller/in Name (ggf. Titel), Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Geburtsdatum oder Gründungsdatum
ggf. noch Unternehmensbezeichnung	<input type="text"/>
<input type="text"/>	Geburtsort oder Gründungsort
Geburtsname (nur bei natürlichen Personen)	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)	

1.2 Anschriften des Antragstellers

Postanschrift		Unternehmenssitz (falls abweichend)	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)		Straße und Hausnummer	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Postleitzahl	Ort	Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Ortsteil		Ortsteil	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Telefon Nr. (mit Vorwahl)	ggf. Mobil-Telefon Nr.	Fax Nr. (mit Vorwahl)	
<input type="text"/>			
ggf. E-Mail-Adresse			

1.3 Bankverbindung

<input type="text"/>	<input type="text"/>
IBAN	BIC (Bank Identifier Code)
<input type="text"/>	
Name der Bank	
<input type="text"/>	
Name des/der Kontoinhaber/s/in	

Das Antragsformular finden Sie auch im Internet unter www.ilb.de

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform

Es ist genau eine Rechtsform und eine Betriebsform auszuwählen.

Rechtsform	Betriebsform
01. Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft	01. Marktfruchtunternehmen (pflanzlich)
02. Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft	02. Futterbauunternehmen
03. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	03. Veredlungsunternehmen (Tiere)
04. Kommanditgesellschaft	04. Dauerkulturunternehmen
05. Offene Handelsgesellschaft	05. Gemischtunternehmen (pflanzlich/tierisch)
06. Eingetragene Genossenschaft	06. Gemüsebauunternehmen
07. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	07. Zierpflanzenunternehmen
08. GmbH & Co. KG	08. Baumschule
09. Aktiengesellschaft	09. Gartenbauliches Gemischtunternehmen
10. Körperschaft des öffentlichen Rechts	10. Forstwirtschaftliches Unternehmen
11. Sonstige juristische Personen	11. Land-/Forstwirtschaftliches Lohnunternehmen
12. Kirchen/religiöse Einrichtung	12. Schäfer/in
13. Sonstige natürliche Person	13. Weinbaubetrieb
14. Öffentlich-rechtliche Stiftung	14. Geflügelhaltungsbetrieb
15. Natürliche Privatperson ohne landwirtschaftlichen Erwerb	15. Fischerei
16. Eingetragener Verein	16. Sonstige
17. Nichtrechtsfähiger Verein	
18. Privatrechtliche Stiftung	
19. Anstalt des öffentlichen Rechts	
20. Kirchen des öffentlichen Rechts	
21. Eheleute	
22. Eheähnliche Gemeinschaft	
23. Unternehmensgesellschaft (haftungsbeschränkt)	
24. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	Ökologische Bewirtschaftung

1.5 Ggf. Vertretungsbefugte(r) des Antragstellers [z. B. Bevollmächtigte(r) und Insolvenzverwalter]

Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird. (Vollmacht ist beizufügen)

Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl

Ort

Ortsteil

Kommunikationsverbindungen

Telefon (mit Vorwahl)

Fax (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-Telefon

ggf. E-Mail-Adresse

2 Vorhaben

Achtung: Mit dem Vorhaben darf nicht vor Zugang der Antragseingangsbestätigung durch die ILB begonnen werden. Dies gilt nicht für Planungsleistungen (Ausnahme: Diese sind alleiniger Vorhabengegenstand).

2.1 Bezeichnung des Vorhabens

--

2.2 Finanzierungsgegenstand

Achtung: Das Vorhaben darf nur einem Fördergegenstand zugeordnet werden.

- Technische und naturschutzfachliche Planung in Zusammenhang mit Vorhaben nach Nr. 2.2 bis 2.4
- Vorhaben zur Verbesserung des Abflussvermögens der Gewässer zur Vermeidung und Verminderung künftiger Vernässungen durch extreme Niederschlagsereignisse
- Verbesserung des Steuerungspotentials für ein optimiertes Wassermanagement durch den Umbau oder Ersatzneubau von Wehren, Schöpfwerken, Schleusen und von sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen in Zuständigkeit des Landes
- Verbesserung des Wasserrückhaltes durch die Schaffung von Pufferräumen und Speichern für Niederschlagswasser, Maßnahmen zur Anhebung der Gewässersohle, Bau- und Umbau von Sohlschwelen und Sohlgleiten.

2.3 Investitionsort

PLZ/Gemeinde/Ortsteil

Flur/Flurstück

2.4 Zeitliche Durchführung des Gesamtvorhabens

Beginn

Tag	Monat	Jahr

Beendigung

Tag	Monat	Jahr

3 Gesamtausgaben

Kostengruppe	Nettoausgaben in EUR	MwSt. in EUR	Bruttoausgaben in EUR
Allgemeine Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung LPH 1-4			
Investive Kosten für die Umsetzung des Vorhabens und die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen			
Davon allgemeine Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung LPH 5-9			
Kosten für den Grunderwerb für bauliche Anlagen, der zur Durchführung der Vorhaben nach Nr. 2.2 bis 2.4 erforderlich ist, in Höhe von max. 10 v. H. der erstattungsfähigen Gesamtausgaben			
Notar- und Gerichtskosten zur Gewährleistung der Vorhabenumsetzung			
Gesamtausgaben			

4 Finanzierungsplan

Angaben in EUR	Summe	20__	20__	20__	20__
Gesamtausgaben (brutto) <i>Ziffer 3 des Antrages</i>					
Beantragte Finanzierung <i>Ziffer 5 des Antrages</i>					
Gesamtfinanzierung					

5 Beantragte Finanzierung

	Höhe in EUR	v. H. der Gesamt- ausgaben
Beantragte Finanzierung		100 %

6 Begründung der Notwendigkeit (ggf. als Anlage beifügen)

6.1 des Vorhabens

(Ziel: Die Vorhaben dienen der Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums und für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie)

6.2 der Finanzierung

(Finanzierungshöhe, Landesinteresse am Vorhaben, alternative Förderungs- und/oder Finanzierungsmöglichkeiten)

6.3 Finanzwirtschaftliche Auswirkungen

(Finanzlage des Antragstellers, Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens, Folgekosten)

--

7 Mit der Finanzierung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)

(mehrere Nennungen möglich)

Nr.	Indikatorenbezeichnung	Menge	Mengeneinheit
1	Einwohner, die von den neuen Basisdienstleistungen/Infrastrukturmaßnahmen profitieren		Anzahl der Einwohner
2	Länge naturnah entwickelter Gewässer-/Uferabschnitte		km
3	Fläche betroffener Standgewässer		ha
4	Fläche des bevorteilten Gebietes		km ²
5	Anzahl Anlagen zur Verbesserung der Abflusssteuerung		Stück
6	Länge Fließgewässer mit abflussbeeinflussenden Maßnahmen		km
7	Geschaffener/s Speicherraum, Puffervolumen		m ³
8	Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft		Anzahl
9	Maßnahmen zur Verbesserung der Abflusssteuerung/-leistung		Anzahl
	Gewässername		
	Gewässer-Identifikationsnummer (laut LfU)		

8 Ergänzende Unterlagen

(Erst nach Vorlage dieser Unterlagen wird der Antrag bearbeitet.)

Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken zu kennzeichnen.

Formgebundene Unterlagen (Anlagen unter www.ilb.de)

- Projektbogen/Projektbeschreibung des Antragstellers
- Votum des Wasserwirtschaftsamtes
- Identifikation des/der Vertretungsberechtigten, sofern erforderlich
- Vollmacht, sofern die Beantragung durch einen Vertretungsberechtigten erfolgt

Weitere Unterlagen

- Kostenangebote bzw. Kostenschätzungen als Grundlage für die kalkulierten Ausgaben in Abhängigkeit des Vorhabenstadiums; bei Kostenschätzungen sind detaillierte Angaben zur Schätzung anzugeben (z. B. ermittelte Kosten aufgrund Referenzobjekte)
- Zustimmung des Eigentümers des Grundstücks zum geplanten Vorhaben oder der Nachweis eines Nutzungsrechts zugunsten des Projektträgers
- Nachweis einer behördlichen Zulässigkeit bzw. die Inaussichtstellung einer behördlichen Zulassung oder Genehmigung bei Vorhaben nach Nr. 2.2 bis 2.4 der VV
- Projektübersicht (inklusive Ortsangabe, kartenmäßige Darstellung des Vorhabens)

9 Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften sowie zur Datenverarbeitung

9.1 Erklärung zur Datenverarbeitung

Die Bearbeitung Ihrer Anträge schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen von Verwaltungs-, Vor-Ort- und Ex-post-Kontrollen gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.

Dazu werden die von Ihnen vorgelegten Nachweise und gegebenenfalls Ihre Anträge aus den Vorjahren herangezogen und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen Abgleiche durchgeführt.

Ihre personenbezogenen Daten aus diesem Antrag werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde und durch das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) in Frankfurt (Oder) für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie für die Zwecke der Rechtsvorschriften verarbeitet, die zu dem von Ihnen eingereichten Finanzierungsantrag einschlägig sind.

Zur Auszahlung übermittelt das LELF Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse.

Zum Zwecke der Finanzmittelbereitstellung durch die EU und den Bund übermittelt das LELF Ihre Angaben in dem dazu jeweils erforderlichen Umfang an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 einschließlich deren Durchführungsverordnungen bzw. den entsprechenden Delegierten Verordnungen für durch den ELER (mit-)finanzierte Beihilfen dürfen die im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) eingerichtete EU-Zahlstelle des Landes Brandenburg und Berlin für den ELER sowie die Bescheinigende Stelle und der Interne Revisionsdienst bei den aus dem o. g. Fonds finanzierten Vorhaben im Rahmen der Ihnen aus den vorgenannten Verordnungen zugewiesenen Aufgaben die Angaben aus Ihren Anträgen mittels eines automatisierten Abfrageverfahrens einsehen. Die Bescheinigende Stelle darf zum Zwecke der Erstellung der Jahresabschlussberichte in Verbindung mit der Bescheinigung nach Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 diese Daten auswerten.

Ich/Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549) sowie der Durchführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet sind, die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) nachträglich im Internet zu veröffentlichen.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass gemäß den Bestimmungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG) die von mir/uns angegebenen personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden. Dies schließt ein, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des BbgDSG im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag gemäß § 11 BbgDSG auch anderer öffentlicher oder privater Stellen bedienen dürfen.

Ich/Wir habe/n die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen und bin/sind mit der Datenverarbeitung im Rahmen der ELER-Finanzierung entsprechend den vorgenannten Hinweisen einverstanden.

9.2 Allgemeines

Die verspätete Einreichung von Anträgen oder von mit den Anträgen einzureichenden Unterlagen hat zur Folge, dass der Antrag erst zu einem evtl. nachfolgenden Projektauswahlverfahren berücksichtigt werden kann. Darüber hinaus kann die verspätete Einreichung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gegebenenfalls zur Ablehnung des Finanzierungsantrages führen.

9.3 Allgemeine Erklärungen des Antragstellers

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigefügten Anlagen!

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.
- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden

Finanzierungsregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken (Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013),

- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können.

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgang die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten (bereits abgeschlossene Rahmenverträge sind nicht dem Beginn der Ausführung zuzurechnen und gelten als nicht förderschädlich).

Ich/Wir habe(n) die geltende Verwaltungsvorschrift mit den entsprechenden Bedingungen zur Durchführung des finanzierten Vorhabens und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Finanzierung Kenntnis genommen.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Verstößen gegen die Einhaltung von einschlägigen Vorschriften der EU, des Bundes oder des Landes sowie der Verwaltungsvorschrift durch die Bewilligungsbehörde Kürzungen der Finanzierung oder Verwaltungssanktionen nach den Vorschriften der Verordnungen (EU) Nr. 640/2014 und 809/2014 in der jeweils geltenden Fassung zu prüfen und gegebenenfalls vorzunehmen sind.

9.4 Rechte Dritter an Finanzierungsvorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)

Das MLUL weist darüber hinaus auf folgenden **Vorbehalt zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union nach der Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 2988/95** hin:

Sämtliche offenen Forderungen des Landes Brandenburg gegen einen Begünstigten aus Rückforderungen von Fördermitteln, die ganz oder teilweise aus Mitteln der Agrarfonds der Europäischen Union (d. h. EAGFL, Abteilung Garantie, EGFL oder ELER) finanziert werden, dürfen nach Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 von den Bewilligungsbehörden mit Ansprüchen des Begünstigten auf Auszahlung von Vorhaben, die ebenfalls ganz oder teilweise aus Mitteln der EU im Rahmen des EGFL oder des ELER finanziert werden, vorrangig (**erstrangig**) verrechnet/aufgerechnet werden, wenn die Rückforderung vor der Bewilligung, mit der aufgerechnet werden soll, fällig geworden ist (§§ 404, 406 BGB).

Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gemäß Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 2988/95 in Verbindung mit Artikel 58 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 hat bei diesen Vorhaben uneingeschränkten Vorrang.

10 Unterschriften

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesem **Antrag und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind**.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir des Weiteren mein/unser Einverständnis zum Abschnitt Nr. 9.1 bis 9.4.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers oder Vertretungsbefugte(r)